

Um das Wirtschafts- und Finanzwissen junger Österreicher ist es nicht allzu gut bestellt. Das soll jetzt anders werden.

HELMUT KRETZL

WIEN. Die Österreicher mögen den Ruf haben, ein Volk der Skifahrer, der Schrebergärtner und vielleicht auch der Schuhplattler zu sein – aber als Land der großen Finanz- und Wirtschaftsexperten sind sie bisher eher selten aufgefallen. Diese Wahrnehmung deckt sich mit einer Reihe von Studien und Untersuchungen, wie sie Bettina Fuhrmann, die Leiterin des Instituts für Wirtschaftspädagogik der WU Wien, durchgeführt hat.

Viele Oberstufenschüler hätten nur sehr vage Vorstellungen über ihre eigene Rolle im Wirtschafts-geschehen. „Während manche meinen, überhaupt keine aktive Rolle im Wirtschafts-geschehen zu haben, sehen sich andere über die künftige Arbeit, den Konsum und gesellschaftliche Aufgaben in das Wirtschafts-geschehen eingebunden“, stellt Fuhrmann fest. Junge Menschen würden sich oftmals lediglich als „Zuschauer“ des Wirtschafts-lebens erleben. Sie verweist auf Studien unter 14-Jährigen, wonach fast zwei Drittel der Befragten glauben, der Staat lege fest, was importiert und exportiert werde. Fast ein Drittel ist auch der Ansicht, der Staat bestimme die Löhne und Gehälter von Arbeitern und Angestellten.

Die Ursachen für solche Lücken im Wirtschaftswissen sind zahlreich, Experte Fuhrmann nennt unter anderem mangelnde Lehrerausbildung in diesem Bereich, fehlende Unterrichtsmaterialien und kaum abgestimmte Lehrpläne.

Es ist kein neues Thema, immer wieder haben sich im Lauf der Jahre Institutionen und Initiativen die Vermittlung von Wirtschafts- und Finanzwissen – im Fachjargon „financial education“ – auf ihre Fahnen geheftet. Meist blieb es aber beim gut gemeinten Versuch. Bis heute dümpeln eine Reihe solcher Projekte nebeneinander her, darunter auch die Plattform „eurologisch“ der Oesterreichischen Nationalbank ([www.eurologisch.at](http://www.eurologisch.at)).

Das soll jetzt alles anders werden. In einem so noch nicht da gewese-



# Neue Offensive für mehr Finanzwissen

nen Schulterschluss bündeln Sozialpartner, Interessenvertretungen, die Nationalbank und private Unternehmen ihre Kräfte, um gemeinsam eine „Stiftung für Wirtschaftsbildung“ ins Leben zu rufen.

Sieben Projektpartner, darunter die Arbeiter- und die Wirtschaftskammer, haben sich dazu verpflichtet, die Stiftung mindestens drei Jahre lang mit jährlich 1,4 Millionen Euro zu finanzieren. Auf jeden Stiftungspartner entfallen damit jährliche Beiträge in Höhe von 200.000 Euro. Zusätzlich besteht eine Option für drei weitere Jahre.

Definiertes Ziel der Initiative ist „die langfristig wirksame, systemische Verankerung von Wirtschaftsbildung in der schulischen und außerschulischen Allgemeinbildung“, wichtigste Zielgruppe sind die 10- bis 14-Jährigen. Weitere Partner des

Projekts sind die Nationalbank (OeNB), die Industriellenvereinigung (IV), die MEGA Bildungsstiftung (von B&C Privatstiftung und Berndorf Privatstiftung), der Stiftungsrat der Innovationsstiftung für Bildung sowie die Erste Stiftung.

Bei der Eröffnungsveranstaltung am Dienstag war auch die Regierung in der Person von Bildungsminister Heinz Faßmann vertreten. Der Minister betonte die notwendige Verankerung wirtschaftlicher und finanzieller Lehrinhalte im Schulwesen, zudem bedürfe es einer stärkeren Vernetzung unterschiedlicher Disziplinen sowie auch „von Theorie und außerschulischer Realität“. Lehrpläne würden gerade entsprechend überarbeitet.

Die Stiftung soll Anfang 2021 ihren Betrieb aufnehmen und konzentriert sich auf drei Bereiche. Da-

bei geht es darum, die Inhalte im Schulwesen zu verankern, Pädagogen zu unterstützen sowie betroffene Stakeholder-Gruppen miteinander zu vernetzen und deren Bewusstsein zu schärfen.

## „Die Wirtschaft ist nicht naturgegeben“

Ex-Firste-Group-Vorstandschef Andreas Treichl, heute Aufsichtsratspräsident der Erste Stiftung, unterstrich, dass „finanzielle Gesundheit“ gleich hinter der physischen und mentalen Gesundheit das wichtigste Gut sei. Ein besseres Verstehen wichtiger wirtschaftlicher Zusammenhänge könne „wesentlich darüber entscheiden, wie man im Leben mit Problemen und Überraschungen zurechtkommt“.

IV-Präsident Georg Knill betonte die Bedeutung einer „breiten und lebensweltbezogenen Wirtschafts- und Finanzbildung als Teil der Allgemeinbildung“. Das sei ein Ziel, zu dessen Erreichung auch die Nationalbank als unabhängige Expertenorganisation mit „Finanz-Alphabetisierung“ beitragen wolle, sagte Gouverneur Robert Holzmann.

WKO-Präsident Harald Mahrer hob die Einzigartigkeit des Projekts hervor. „Noch nie haben sich so viele Partner an einem Bildungsprojekt beteiligt, das ist einmalig.“ AK-Präsidentin Renate Anderl hob hervor, dass nur mündige Arbeitnehmer aktiv ihre Rolle in der Gesellschaft mitgestalten könnten. „Die Wirtschaft ist nicht naturgegeben, man kann sie gestalten.“ Wesentlich sei der Umgang mit unterschiedlichen und gegensätzlichen Interessen.